

ROLL BACK WTO



www.attac.de

Vive la crise!

Dunkel hat man sie noch in Erinnerung, die Fassade von Finanzkrisen und vermeintlich versagenden Märkten. Krise? Welche Krise?

Es geht wieder aufwärts! Tausende Ex-Beschäftigte von Karstadt & Quelle haben endlich die Freiheit, ganz etwas Neues zu beginnen. „Eine Insolvenz ist immer auch eine Chance“ sagt der solvente Multimillionär Karl-Theodor zu Guttenberg und schafft als Verteidigungsminister bestimmt bald selbst neue Jobs – in Kundus, Kosovo und wer weiß, wo noch.

„Eigenverantwortung“ (FDP) beweisen bereits die Investoren an den Börsen. Obwohl heftig beschimpft, geben sie nicht auf, sondern ergreifen ihre Chance: Wer am Tag der Arcandor-Pleite in den DAX investierte, hat in fünf Monaten eine zweistellige Rendite rausgeholt – Leistung lohnt sich wieder!

Weil alles erneut so gut läuft, warnen besonnene Experten, die Finanzmärkte nicht durch „Überregulierung“ (Ackermann) zu „strangulieren“ (Finanzminister Schäuble). Eine Mahnung, die die globale Polit-Elite auf ihren „Gute-Laune-Gipfeln“ (Manager-Magazin) natürlich berücksichtigte. Von einem grundlegenden Umbau des Weltfinanzsystems war bei G20-Treffen keine Rede. Dafür soll der Welthandel mit Hilfe der WTO weiter liberalisiert werden.

Trotzdem: Die „soziale Marktwirtschaft“ (CDU) wäre nicht sie selbst, wenn die Krisen-Verursacher ungeschoren davon kämen. Deshalb sollen künftig „alle Produkte, Märkte u.v.m.“ (Merkel) irgendwie beaufsichtigt werden. Die Zocker sollen sich deshalb bereits in die Hosen gemacht haben – zwar nicht vor Angst, aber immerhin vor Lachen.

Florian Moritz

Alles muss man selber machen

1999 blockierte ein breites Bündnis die Konferenz der Welthandelsorganisation, zehn Jahre und etliche Wirtschaftskrisen später ist die Bewegung wichtiger denn je

Diplomaten im Tränengas, ausgesperrte Journalistinnen und ein deutscher Minister, der sich stundenlang nicht aus dem Hotelzimmer traut: Die Elite wirkte sichtlich verwirrt, als zigtausende Demonstrierende Anfang Dezember 1999 die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle blockierten. Wem hatte man diese Schmach zu verdanken? „Gegner der Globalisierung erinnern an Friedensbewegung“, titelte die FAZ. Die Zeitung Die Welt erkannte neben Anarchisten vor allem „sensible“ und „patriotische“ junge Amerikaner unter den Demonstranten und der Spiegel schrieb großväterlich von „teens und twens“.

Auch zehn Jahre später ist die globalisierungskritische Bewegung kaum zu fassen. Zu ihr gehören kritische Kräfte in Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Parteien genauso wie Schüler, Wissenschaftlerinnen und nicht-lohnarbeitende Menschen. Sogar aufgeklärte Unternehmer sind dabei. Sie alle sind mehr oder weniger organisiert, wollen sich selbst und andere über komplizierte Sachverhalte aufklären, über Machtverhältnisse nachdenken, rebellische Subjektivität stärken, mobilisieren und protestieren.

„Seattle“ war ein erster starker Ausdruck dieser Bewegungen. Falsch wäre aber zu sagen, dass in Seattle alles losging, bei den Protesten in Genua 2001 ein Höhepunkt erreicht wurde und seit dem 11. September 2001 alles schlechter wird. Die Proteste gegen die G8 in Heiligendamm 2007 widerlegen das genauso wie unzählige Aufstände und Demonstrationen weltweit gegen die Zumutungen des neoliberal-imperialen Kapitalismus. Die Bewegung hat enorme Erfolge zu verzeichnen, die vor allem im globalen Süden zu sehen sind. Aber auch in den nordwestlichen Ländern wurden die Sachzwänge der vermeintlich alternativ-

losen Globalisierung erfolgreich politisiert – wenngleich mit geringen Wirkungen auf der politisch-institutionellen Ebene.

Auch neue Herausforderungen gibt es viele: In der aktuellen multiplen Krise fehlt eine Kritik an den Formen der Politik, am Parteienwettbewerb und der Fixierung auf den Staat. Die etablierten Formen von Politik können mit drängenden Problemen kaum umgehen. Sie sind viel zu sehr an Machterhalt, imperialen Politiken und naturzerstörendem Wachstum orientiert. Die Wortführer der neoliberalen Globalisierung haben sich kräftig blamiert, machen aber trotzdem weiter. Sie erzeugen tagtägliche und menscheitsgeschichtliche Katastrophen. In der aktuellen Krise werden Angst und Konkurrenz intensiviert, autoritäre Orientierungen gestärkt.

Es öffnen sich allerdings auch neue Möglichkeiten: Für immer mehr Menschen wird heute diffus plausibel, dass es um nichts Geringeres geht als den tiefgreifenden Umbau der (welt-)gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweise mitsamt den damit verbundenen Orientierungen und Machtverhältnissen.

Die wichtigste Aufgabe der globalisierungskritischen Bewegung besteht derzeit vielleicht darin, den Menschen – und damit uns selbst – die Angst vor emanzipatorischer Veränderung zu nehmen. Es steht also einiges an für die kommenden zehn Jahre.

Autor:
Ulrich Brand arbeitet als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac



Koreanische Bauern bei der WTO-Konferenz 2005 in Hong Kong

Foto: Fuzheado

WTO heißt Krise

Warum solidarische Kooperation die weltweite Konkurrenz am „freien“ Markt ersetzen muss

„Ein zügiger und ehrgeiziger Abschluss der Doha-Welthandelsrunde hat absoluten Vorrang“, heißt es im Koalitionsvertrag von Union und FDP. Zur Erinnerung: die laufende Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) wurde 2001 im Emirat Katar gestartet und dümpelt seitdem vor sich hin. Obwohl die Weltwirtschaftskrise die neoliberale Doktrin von Liberalisierung und Deregulierung erschüttert hat, satteln ihre Anhänger erneut das falsche Pferd und propagieren eine weitere Verschärfung der Handelsliberalisierung als „Lösung“.

Genau diese Politik ist jedoch eine der Hauptursachen der Krise. Die im Agrarabkommen der WTO verankerten Unge-

rechtigkeiten sind mitschuldig an über 1.000.000.000 Hungernden in der Welt. Das „Financial Services Agreement“ der WTO treibt die Deregulierung der Finanzmärkte voran und führt damit alle vollmundigen Bekenntnisse zu mehr Finanzaufsicht ad absurdum. Marktöffnungen durch WTO und andere Freihandelsverträge sorgen zudem dafür, dass sich global die ökonomischen Ungleichgewichte zuspitzen. Das Resultat: Mehr Instabilität in der Weltwirtschaft. Nicht zuletzt führt das WTO-Regime zu weltweiter Standortkonkurrenz und sichert damit den andauernden Druck auf die Löhne.

Die Umverteilung von Arm zu Reich geht weiter, obwohl mittlerweile vie-

le Ökonomen bestätigen, dass die Krise ihre Wurzeln in der massiv gestiegenen Ungleichheit hat. Weitere ökonomische Schocks sind vorprogrammiert. Zumal auch der internationale Handel mit hochriskanten Derivaten und anderen Papieren wieder boomt, neue Blasen wirft und einen Aufschwung suggeriert. Dem Casino und seinen Profiteuren geht es (wieder) großartig.

Die anstehende WTO-Konferenz in Genf soll dafür sorgen, dass die Regierungen nicht etwa auf die Idee kommen, aktive Wirtschaftssteuerung zu betreiben. Sie sollen im Gegenteil neue Wege für noch mehr Liberalisierung suchen und „protektionistische“ Politik bekämpfen. Die

Zunahme von klassischen protektionistischen Instrumenten, wie Schutzzöllen, ist allerdings bislang kaum sichtbar.

Aber: Mit dem Aufstieg der Schwellenländer ist das Machtgefüge der WTO durcheinander geraten. Zumindest in Lateinamerika hat der Übergang zu einer eher multipolaren Konstellation die Spielräume für soziale Bewegungen vergrößert und die Verhinderung zahlreicher Freihandelsabkommen ermöglicht. Die Krise bietet nun eine Chance, die Liberalisierungsdoktrin zurück zu drängen, um permanente Konkurrenz durch Kooperation und regionalisierte Wirtschaftskreisläufe zu ersetzen.

Autoren:
Alexis Passadakis ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac

Johannes Lauterbach ist in der Attac-AG WTO & Welthandel aktiv



Foto: Alan Vernon

Der Autoindustrie steht das Wasser bis zum Hals

Aus der Balance

Ungleichgewichte im Welthandel machen Krisen wahrscheinlicher

Autor:
Matthias Schmelzer ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac

„Wenn wir sie nicht korrigieren, haben wir das Rezept für die nächste große Krise.“ So warnte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, vor den Folgen globaler Ungleichgewichte bei den Leistungsbilanzen, in denen Länder ihre Im- und Exporte verbuchen. Geändert hat sich bislang dennoch nichts. Dabei bräuchten wir dringend ein „globales Ausgleichssystem“.

Die „globalen Ungleichgewichte“ haben sich seit den 1990er Jahren dramatisch zugespitzt, weil eine Gruppe von Ländern – allen voran China, Deutschland und Japan – permanent mehr exportierten als sie importierten. Dadurch häuften sie finanzielle Überschüsse an, welche wiederum dem Weltmarkt als Anlage suchendes Kapital zur Verfügung standen. Gleichzeitig türmten sich andernorts – allen voran in den USA, aber auch in Großbritannien und vielen Ländern des Südens – gewaltige Defizite auf, die durch Schuldenberge gegenfinanziert wurden. Insbesondere der kreditfinanzierte Kaufrausch in den USA absorbierte bekanntlich in den letzten Jahren die Überschüsse von Exportnationen weltweit. Entsprechend gelten die globalen Ungleichgewichte als eine der zentralen Ursachen der aktuellen Weltwirtschaftskrise.

Globale Ungleichgewichte symbolisieren auf drastische Weise das Scheitern

des Neoliberalismus, widerlegen sie doch das Dogma, freie Marktkräfte auf liberalisierten Weltmärkten führten zu internationalem Gleichgewicht. Die bisher diskutierten Lösungsvorschläge – von Chinas Vorstoß für einen Währungskorb bis zum von den G20 diskutierten Rahmenplan für nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum – bleiben Flickschusterei. Sie werden weder die Krisendynamiken globaler Ungleichgewichte in den Griff kriegen, noch können sie die Basis für eine gerechte Weltwirtschaft sein.

Sinnvoll wäre stattdessen ein ganz anderes Weltwährungssystem, das nicht nur effektiv internationalen Kapitalverkehr kontrolliert und damit die wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen ausweitet, sondern auf ein internationales Gleichgewicht abzielt. Statt einseitig nur die Defizitländer mit Schuldzinsen zu bestrafen, und die Überschussländer mit Habenzinsen zu belohnen – was ungerecht ist und das Ungleichgewicht noch vergrößert – sollten endlich auch Überschüsse sanktioniert werden. Wie das gelingen kann, zeigte der britische Ökonom John Maynard Keynes schon in den 1940er Jahren in seinem Modell einer International Clearing Union. Der Vorschlag wurde beim Aufbau der Nachkriegsordnung diskutiert – und verworfen. Es ist Zeit, an diese Pläne anzuknüpfen.

Autoindustrie: Dauerkrise oder Konversion

Die Autoindustrie wird von wenigen Konzernen dominiert: Volkswagen, Toyota, Ford, PSA, Renault, Daimler – noch spielen GM und Fiat mit, bald sind es jedoch noch weniger. Diese Unternehmen haben Überkapazitäten von über 20 Millionen Fahrzeugen pro Jahr aufgebaut, an deren Kosten einige jetzt ersticken.

Doch die Vernichtung der Überkapazitäten kostet Hunderttausende den Job, führt zur Verödung ganzer Regionen. Wichtig ist deshalb, den erneuten Aufbau von Überkapazitäten zu verhindern und die gesamte Branche für sinnvolle Mobilität und andere Produkte umzubauen. Das ist leicht gesagt, doch wir müssen uns mit den „Herren der Welt“ anlegen: Konversion geht nicht aus einzelbetrieblicher Sicht. Gesellschaftliche Planung muss her, da sonst jedes Unternehmen nach der Devise handelt: „Es kann ja sein, dass es zu viele Autos gibt – aber bestimmt zu wenig BMW“.

„Es kann ja sein, dass es zu viele Autos gibt – aber bestimmt zu wenig BMW“

Und in der kapitalistischen Konkurrenz haben sie nicht einmal Unrecht. Es ist wie in der Formel 1: Wer zuerst bremst hat verloren!

In den reichen Ländern haben viele zu viel Mobilität. Aber auch hier sind ärmere

Menschen, viele Ältere, häufig von Mobilität ausgeschlossen: Weil sie sich kein Auto leisten können und weil Straßen- und S-Bahn zu teuer sind. Im globalen Süden (und Osten) ist Mobilität oft Luxus. In China z.B. werden mehr Luxus-Limousinen verkauft als Fahrzeuge kleinerer Klassen. Wenn nur ein Bruchteil der Menschen in Indien Auto fahren wollte wie in Europa, würde die Erde unter der Last zusammenbrechen.

Unter den Bedingungen eines liberalisierten Weltmarktes wird es kaum dazu kommen, dass ein Strukturwandel der Autoindustrie sozial ablaufen wird. Stattdessen werden Subventionsschlachten und Machtspiele die Belegschaften immer wieder vor vollendete Tatsachen, d.h. in vielen Fällen Betriebsschließungen, stellen. Das globale Gegeneinander-Ausspielen der Arbeiter wird zu einem weiteren Schub von Lohnkürzungen führen. Es sei denn, es gelingt ihnen und ihren Gewerkschaften, internationale Solidarität zu organisieren und deutlich mehr Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen, um der Weltmarkt Konkurrenz einen Riegel vor zu schieben. Und dazu muss mit dem Freihandelsdogma gebrochen werden. Denn um regionale Produktionsquoten wird man nicht herum kommen, wenn die Überkapazitäten geordnet abgebaut und Spielräume für eine ökologische Konversion geöffnet werden sollen.

Autor:
Stephan Krull ist aktiv in der Attac-AG ArbeitFairTeilen

Foto: lvc southasia



Protest indischer Bauern gegen die WTO in Delhi 2009

„Der Hunger zieht in die Städte“

Armin Paasch zu Agro-Business und dem Recht auf Nahrung

Attac: Im Zuge der Krise hat sich die Zahl der Hungernden von 850 Mio. auf 1 Mrd. erhöht. Was bedeutet das für die Strategie von FIAN?

FIAN: Die erst jetzt so genannte „Hungerkrise“ hat die Dramatik mancher Probleme verschärft, die auch FIAN bislang nicht genug beachtet hatte. Etwa die Auswirkungen des Klimawandels, das Ausufer der Spekulation an deregulierten Warenterminbörsen und die Deregulierung der Finanzmärkte insgesamt. Mit diesen Problemen hat sich FIAN erst in jüngster Zeit intensiver beschäftigt und entsprechende Forderungen formuliert.

Attac: Seht ihr eine Verbindung zwischen dem Freihandelsparadigma und der Hungerkrise?

FIAN: Heute bestätigt sich auf fatale Weise, dass die Öffnung der Märkte, die Privatisierung ländlicher Dienstleistungen im Süden und das Agrardumping des Nordens

nicht nur zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung von landwirtschaftlichen KleinproduzentInnen geführt haben, sondern letztendlich auch den KonsumentInnen schaden. Die heimische Landwirtschaft ist in vielen Ländern nicht mehr in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Und auf Billigimporte zur Ernährungssicherung gibt es keinen Verlass. Die Folge sind explodierende Lebensmittelpreise und Hungerrevolten in den Slums des globalen Südens.

Attac: Wie positioniert sich FIAN zu einem globalen Nahrungsmittelgrundkommen?

FIAN: Bisher ging man davon aus, dass 80 Prozent der Hungernden auf dem Land leben. Tendenziell wird sich allerdings der Hunger auch in den Städten steigern. Damit wird die Forderung nach stärkeren Sozialsystemen und Sozialgeldtransfers dringlicher denn je. Diese müssen allen Menschen zugänglich sein, damit

gerade die Marginalisierten nicht ausgegrenzt werden. Und sie dürfen nicht an Gegenleistungen wie etwa Arbeitsdienste geknüpft werden. Das Menschenrecht auf Nahrung steht bedingungslos jedem Menschen zu.

Attac: Wie bewertet ihr die WTO-Konferenz in Genf?

FIAN: Für FIAN ist klar: Kein Abkommen ist besser, als ein schlechtes. Wenn das Agrarabkommen den Entwicklungsländern Zollsenkungen vorschreibt, die potenziell die lokalen Märkte, Einkommen und das Recht auf Nahrung von KleinbäuerInnen bedroht, ist es abzulehnen. Das gleiche gilt für das GATS, wenn es zur Privatisierung der Daseinsvorsorge führt, oder ein TRIPS-Abkommen, wenn es das Patentrecht zulasten der Ärmsten verschärft. Handelsregeln müssen den Menschenrechten untergeordnet werden, nicht umgekehrt.

Attac: Wie sollten soziale Bewegungen in Europa gegenüber dem Agro-Business agieren?

FIAN: Viele europäische Konzerne sehen in der Hungerkrise eine Absatzchance: für Nahrungsmittel, Kunstdünger, Hochleistungs Saatgut oder Pestizide. Andere drängen jetzt darauf Exportbeschränkungen pauschal zu verbieten, um ihren Zugang zu billigen Rohstoffen zu sichern. Soziale Bewegungen müssen die Interessen dieser Konzerne öffentlich thematisieren und eine demokratischere und menschenrechtskonforme Handels- und Agrarpolitik einfordern. Chancen für neue Bündnisse bietet die europaweite Bewegung von Milchbauern, die gegen die Weltmarktorientierung, das Preisdumping und die Dominanz von Molkereikonzerne und Supermärkten aufbegehren. Nicht nur KleinbäuerInnen in Nord und Süd sitzen im selben Boot, sondern auch BäuerInnen und KonsumentInnen haben viele gemeinsame Interessen.

Armin Paasch ist Referent beim Food International Action Network - FIAN

Dumpingmeister Deutschland

Die Bundesrepublik drückt Löhne und flutet Exportmärkte wie kein anderes Land

Glaubt man Union und FDP, helfen uns die Exportmärkte schon bald aus der Krise. Wiedermal sind es die Handelspartner, die die deutsche Wirtschaft aus dem Dreck ziehen müssen. Sie sollen tun, wozu vielen Menschen hierzulande schon lange das Geld fehlt: Einkaufen – aber bitte Made in Germany!

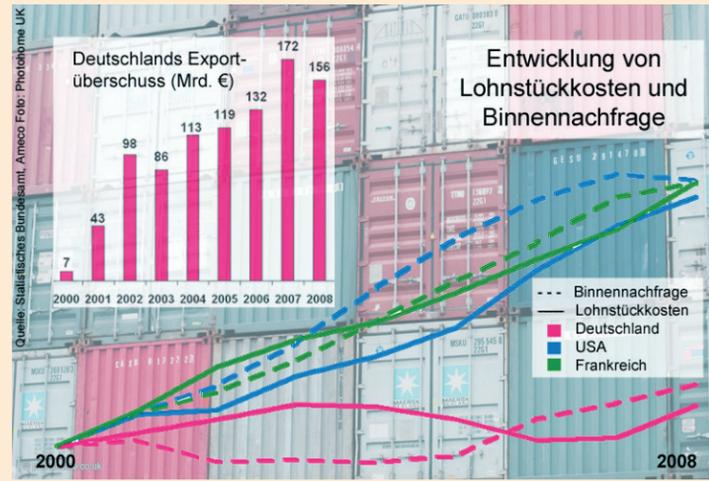
Seit Mitte der 1990er Jahre setzen Bundesregierungen jeglicher Couleur auf Exportwachstum um jeden Preis. Der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ wurde alles geopfert. Der Sozialstaat, die Rente und das Lohnniveau wurden gedrückt um die Kosten für Unternehmen zu senken. Seit Jahren stagnieren in Deutschland die Reallöhne, die Lohn(stück)kosten sind

heute auf dem Niveau von vor zehn Jahren. In vergleichbaren Industriestaaten, wie Frankreich, USA oder Großbritannien haben sie dagegen im selben Zeitraum um rund 20 Prozent zugelegt.

Insbesondere die Nachbarländer leiden. Die deutsche Strategie trägt schließlich tatsächlich dazu bei, dass die Bundesrepublik Jahr für Jahr „Exportweltmeister“ wird. Da sie aber in geringerem Maße importiert, werden, vereinfacht gesagt, im Ausland einheimische Produkte durch deutsche ersetzt – Deutschland „exportiert“ Arbeitslosigkeit. In Frankreich wird deshalb bereits vom „räuberischen Deutschland“ geredet. Früher hätten die Währungen der Nachbarn abgewertet,

um den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen. Mit dem Euro ist das nicht mehr möglich – manche sehen bereits die Eurozone in Gefahr.

Doch auch für die Mehrheit in der Bundesrepublik wäre eine Abkehr von der einseitigen Exportorientierung besser. Erstens würden globale Krisen nicht so stark durchschlagen. Zweitens wird mit Billig-Löhnen auch die Binnennachfrage stranguliert. Wirtschaftsforscher beim Institut IMK haben es durchgerechnet: Wären die Löhne stärker gestiegen, wären zwar die Exporte niedriger ausgefallen, die Inlandsnachfrage hätte aber dennoch für insgesamt mehr Arbeitsplätze gesorgt.



Autor:
Florian Moritz ist seit 2002 in verschiedenen Attac-Gruppen aktiv

Projekt von gestern - Gefahr für morgen

Die Doha-Runde der WTO ist noch nicht gestorben

Ende der 90er Jahre sollte sie losgehen, die große Welthandelsrunde in der WTO. Doch nach dem grandiosen Scheitern von Seattle 1999 konnten die Freunde von noch mehr Freihandel erst 2001 in Katars Hauptstadt Doha einen Startschuss für die so genannte „Doha-Entwicklungsrunde“ durchboxen.

Mit „Entwicklung“ hat diese allerdings herzlich wenig zu tun: Konzern-Interessen der verschiedenen alten und neuen Großmächte der Weltwirtschaft stoßen hier aufeinander. Schutz- und Regulierungsinteressen schwächerer Länder und Bevölkerungsgruppen werden beiseite geschoben. Zahllose Handelsdiplomaten ringen seit nunmehr acht Jahren darum, weitere Teile der Weltwirtschaft den Liberalisierungs- und Eigentumsschutz-Regeln der WTO zu unterwerfen. Die drei wichtigsten Verhandlungsbereiche sind: Landwirtschaft, Nicht-Agrar-/Industriegüter und Dienstleistungen. Im vergangenen Jahrhundert hatten acht solcher Runden zu weitreichenden Zollsenkungen und zur WTO-Gründung geführt. Inzwischen geht es um weit mehr als Zölle; es drohen tiefe Eingriffe in politische Regulierungsmöglichkeiten aller Art.

Aber: Die alte Vorherrschaft der USA, Europas, Japans und Kanadas gilt nicht mehr. Die Länder des Südens tanzen nicht mehr nach der Pfeife dieser alten Mächte. Seit Jahren stockt daher die Welthandels-

runde, schwankt zwischen ‚Krankenbett‘ und ‚Friedhof‘. Exportinteressen in Nord und Süd, die Bundesregierung und die EU, WTO-Generaldirektor Pascal Lamy und viele andere geben nicht auf: Gebetsmühlenartig wird die „Entschlossenheit“ zum baldigen Abschluss der WTO-Runde beschworen. Im Jahr 2010 soll es nun klappen?! Treffend schrieb die Financial Times kürzlich, solche Beschwörungsformeln der Staatschefs seien „mittlerweile so ernst zu nehmen wie die Floskel ‚Have a nice day‘“.

Dennoch: Kritische Geister dürfen die Welthandelsorganisation nicht aus den Augen verlieren. Gleichzeitig muss aber aufgepasst werden, wo außerhalb der WTO die eigentliche Dynamik der Handelspolitik herrscht - nämlich in den zahlreichen bilateralen Verhandlungen zu so genannten WTO-plus-Abkommen. Pas send dazu heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: „wir [setzen] uns für bilaterale Freihandelsabkommen mit den dynamischen Ländern und Regionen ein“. Diese Agenda ist Grund genug für kritische Bewegungen, politischen Druck aufzubauen - in Genf, Brüssel und in Berlin!

Autor:
Peter Fuchs arbeitet bei der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung - Weed e.V.

„Der Freihandel bedroht Existenzen“

Die indische Sozialwissenschaftlerin Shefali Sharma über den Kampf gegen neue Freihandelsabkommen

Attac: Indien und die EU verhandeln derzeit über ein neues bilaterales Freihandelsabkommen – in englisch FTA genannt. Wer in Indien hat Interesse an so einem Vertrag?

Shefali: Große Unternehmen, wie Tata, Mittal oder der indische Konzern Reliance erwarten sich neue Investitionsmöglichkeiten. Die Regierung hofft, dass hochqualifizierte Inderinnen und Inder besseren Zugang zu Jobs in Europa bekommen. Indische Exporteure wollen die zahlreichen „nicht-tarifären Handelshemmnisse“, die die EU zum Gesundheitsschutz und zur Produktsicherheit importierter Waren aufgebaut hat, loswerden.

Attac: Aber es gibt auch Widerstand?

Shefali: Ja! Zahlreiche Organisationen haben sich im „Forum against the FTAs“ zusammengeschlossen um solche Abkommen zu verhindern. Bauern und Fischereibetriebe müssen schon bald unter den Auswirkungen eines ähnlichen Vertrages mit den ASEAN-Staaten leiden, der im Januar in Kraft treten wird. In der Vergangenheit haben Freihandelsabkommen zu einer Flut von Billig-Importen geführt, die viele Existenzen vor allem in der Landwirtschaft ausgelöscht haben.

Attac: Und das erwartet Ihr auch bei einem Abkommen mit der EU?

Shefali: Genau. Zumal die Agrar-Subventionen der EU in dem Vertrag natürlich nicht angegangen werden. Außerdem kommen im Falle der EU sogar noch andere Probleme hinzu: Die europäischen Konzerne werden in Indien Land aufkaufen und natürliche Ressourcen privatisieren. Dabei ist für Millionen Inder ein kleines Stück Land die einzige Einkommensquelle. Bereits heute kämpfen hunderte Dörfer gegen Vertreibung und Umsiedlung als Folge ökonomischer „Entwicklungsstrategien“. Der EU-Vertrag soll ein einseitig exportorientiertes Entwicklungsmodell in Indien befördern.

Attac: Und Exportorientierung ist ein Problem?

Shefali: Einseitig auf jeden Fall. In der aktuellen Krise wurde die Exportindustrie am härtesten getroffen. Beschäftigte mit prekären Arbeitsverhältnissen wurden als erste gefeuert. Wichtig wäre, die indische Landwirtschaft zu entwickeln, Kleinbauern mit Maschinen, Infrastruktur und Ressourcen auszustatten. Aber solche Maßnahmen zum Wohle der Bevölkerung wird es mit dem EU-Freihandelsabkommen nicht geben.



Shefali Sharma arbeitet für das indische Büro des Third World Network in Neu Delhi

Die WTO rückbauen

Kooperative Weltwirtschaft statt Konkurrenz am „freien“ Markt | Positionen von Attac

→ Stopp der Doha-Verhandlungsrunde der WTO und ein Rückbau ihrer Zuständigkeiten zugunsten einer demokratisierten Handelspolitik. Dazu gehören kooperative Handelsabkommen, welche die Regulierung von Waren- und Rohstoffflüssen, Investitionen und Dienstleistungen entsprechend unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungsstrategien ermöglichen. Dazu gehört auch: absoluter Vorrang internationaler Abkommen und nationaler Maßnahmen zum Schutz von

Menschenrechten und Umwelt vor Freihandelsabkommen.

→ Ernährungssouveränität und ein globales Nahrungsmittelgrundeinkommen. d.h. die Ausgliederung der Landwirtschaft aus der WTO – Nahrung darf nicht der Freihandelslogik unterworfen werden

→ Die Abschaffung des Abkommens über geistige Eigentumsrechte (TRIPs). Notwendig ist insbesondere ein freier Zugang zu Saatgut und Medikamenten.

→ Ein Ende der bilateralen Freihandelsverhandlungen, insbesondere derjenigen im Rahmen der „Global Europe“-Strategie der EU.

→ Ein System fixer Wechselkurse und Vermeidung globaler Ungleichgewichte der Handelsbilanzen mittels einer Internationalen Ausgleichsunion (International Clearing Union). Dazu gehört auch eine Entschuldung der Länder des Südens.

Our Climate is not for Sale

Mit der WTO geht Klimaschutz nicht, aber auch der Klimagipfel in Kopenhagen packt das Problem nicht an der Wurzel

WTO-Generalsekretär Pascal Lamy wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass die aktuellen Verhandlungen auch darauf zielen „die Marktliberalisierungen im Bereich Umweltgüter und -dienstleistungen zu beschleunigen“, denn das Thema Klima steht weit oben auf der internationalen Agenda. Deshalb möchte sich die WTO Ende November in Genf auch als Klimaschutzorganisation positionieren. Das NGO-Netzwerk „Our World Is Not For Sale“ (OWINFS) beurteilt die Lage allerdings anders: „Internationale Handels- und Investitionsabkommen sind ein Motor für das Wachstum energieintensiver Industrien, der Extraktion und Verarbeitung fossiler Brennstoffe und der Expansion der agro-industriellen Landwirtschaft.“ Klimaschutz ist mit der WTO nicht zu machen, im Gegenteil: die CDU z.B. sieht in ihrem Wahlprogramm in der WTO ein Instrument, um den Zugriff auf fossile Rohstoffe abzusichern.

GlobalisierungskritikerInnen protestieren nicht nur in Genf gegen das fossilistische Energiesystem, sondern ziehen dann als „Karawane“ (www.climatecaravan.org) weiter nach Kopenhagen: Dort tagt vom 07. bis 18. Dezember die 15. Konferenz der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Die Proteste richten sich gegen den Norden, der nicht bereit ist, seine CO2-Emissionen massiv genug zu senken

und die Länder des Südens beim Umgang mit den Folgen der Klimakrise jenseits symbolischer Gesten zu unterstützen. Seine jüngste Entscheidung, dem Süden vor Kopenhagen kein konkretes Angebot zu unterbreiten, hat dies wieder bestätigt. Das Scheitern des Gipfels ist damit vorprogrammiert.

Und: Der UNFCCC-Prozess und seine größte Errungenschaft, das Kyoto-Protokoll, haben den CO2-Anstieg nicht stoppen können. Stattdessen haben sie ganz im Geist der neoliberalen Markt- und Freihandelsideologie mit dem Emissionshandel neue Märkte geschaffen und sind auf dem Weg, öffentliche Güter wie die Atmosphäre und Wälder aufzuteilen, zu privatisieren und handelbar zu machen.

Dagegen gehen in Kopenhagen neben AktivistInnen aus Europa auch Organisationen aus dem Süden auf die Straße, die im Climate Justice Now!-Netzwerk zusammengeschlossen sind. Sie fordern den Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe. „Fossile Energien im Boden lassen!“ lautet daher ihr Slogan. Um die Klimakrise abzubremsen, ist eine demokratische Kontrolle über die gesamte Energieversorgung nötig. Die Ambitionen der WTO, die Energie und Klimamärkte weiter ihrem Freihandelsdogma zu unterwerfen, stehen dem diametral entgegen.



Neue Machtverhältnisse?

Auch unter geänderten Rahmenbedingungen setzen sich die alten Interessen in der Weltwirtschaftspolitik durch

Jetzt sind es eben ein Dutzend mehr: Auf dem Pittsburger Gipfeltreffen im September ernannte sich die Gruppe der zwanzig mächtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) zum „obersten Forum“ internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die nur aus Industrieländern bestehende G8 hat damit als Forum für Wirtschaftsfragen vorerst ausgedient. Zum Club der 1999 gegründeten G20 gehören jetzt zwar auch Schwellenländer - Südkorea erhält 2010 sogar den Vorsitz. Ob wirtschaftlich boomende Länder wie China, Indien und Brasilien allerdings Entwicklungsanliegen und die Interessen ihrer armen Bevölkerungsschichten in dieses Forum einbringen, bleibt fraglich.

Auch mit neuer Rhetorik verändern die Schwellenländer die klassischen Positionen am Tisch der Mächtigen nicht. Und selbst wenn eine Integration entwicklungspolitischer Ziele durch die Schwellenländer erfolgt, bleiben die Stimmen von 85 Prozent der Länder der Welt nach wie vor ausgeschlossen. Manche sprechen schon von einer neuen Dreiteilung der Welt - mit den wirtschaftlich wachsenden Schwellenländern in der Rolle der „Zweiten Welt“. Diese Dreiteilung führt schnell zur Schwächung bisheriger Südkoalitionen wie der so genannten G77.

Die Bemühungen der Vereinten Nationen (UN) - als international legitimiertem Forum - finden weiter wenig Gehör. Die Ende 2008 eingerichtete Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems unter Vorsitz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz empfahl in ihrem Abschlussbericht sowohl wirtschaftspolitische Sofortmaßnahmen als auch weitreichende systemische Reformen wie eine bessere Finanzmarktregulierung, die Einrichtung eines globalen Wirtschaftskoordinationrates und die

Schaffung eines globalen Währungsreservesystems. Auf einer UN-Konferenz zur globalen Finanzkrise unter Teilnahme von über 200 Nichtregierungsorganisationen im Juni 2009 wurde zudem beschlossen, dass die UN in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen eine koordinierende Rolle erhalten solle. Eine Arbeitsgruppe zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wurde im Juli 2009 eingerichtet.

„Die Doha-Runde blockieren“

Olivier de Marcellus über die Proteste in Genf

Attac: Wer organisiert die Proteste?

Olivier: Die Aktionen werden von altermondialistischen Gruppen, wie dem Sozialforum Lémantique, Attac und anderen gemeinsam mit einem Klimagerechtigkeitsnetzwerk organisiert. Wir erwarten fünf bis zehntausend AktivistInnen aus der Schweiz, Frankreich, Italien und hoffentlich der Bundesrepublik! Auch Bewegungen aus dem Süden sind vertreten. Viele werden dann mit einer Karawane durch Frankreich und Deutschland nach Kopenhagen ziehen.

Attac: Dies ist die erste Ministerkonferenz in Europa seit 1997. Warum verläuft die Mobilisierung eher zögerlich?

Olivier: Einerseits wurde die Konferenz sehr kurzfristig anberaumt. Andererseits sehen viele in Europa die WTO offenbar

nicht mehr als Bedrohung. In Delhi dagegen haben kürzlich 51.000 Bauern gegen die WTO demonstriert.

Attac: Was ist das strategische Ziel der Proteste?

Olivier: Wir wollen klar machen, dass der „Freihandels“-Kapitalismus gehörig zur ökonomischen, sozialen, Hunger- und Klimakrise beigetragen hat. Wir wollen bewirken, dass die Doha-Runde blockiert bleibt. Und wir werden hoffentlich einen neuen Zyklus sozialer Kämpfe starten! Es ist doch paradox, dass die altermondialistische Bewegung in Mitten der multiplen Krise des Kapitalismus so wenig zu hören ist.

Olivier de Marcellus ist einer der Organisatoren der Proteste gegen die WTO-Konferenz in Genf, er ist aktiv bei Climat et Justice Sociale

Proteste beim Klimagipfel in Bali 2007

Foto: Tamara Gilbertson, Carbon Trade Watch/TNI



Aktion & Termine

28.11. Genf, Neuve

Demo gegen die WTO
www.anti-omc2009.org

30.11.-02.12. Genf

Aktionstage gegen die WTO

03.-08.12. Köln, Berlin, Hamburg

Karawane Genf-Kopenhagen
www.buko.info/caravan

12.12. Kopenhagen

Großdemo Klimagipfel

16.12. Kopenhagen

Aktion „Reclaim Power!“
www.climate-justice-action.org

23.01.10.2010 Frankfurt/M.

10 Jahre Attac-Geburtsstagsfeier

09.-11.04.2010 Berlin

Bankentribunal von Attac

17.-18.05. 2010 Madrid

Alternativengipfel
www.enlazandoalternativas.org

1.-4.07.2010 Istanbul

Europäisches Sozialforum

Impressum

Attac-Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48,
60329 Frankfurt/M.
Redaktion: Alexis J. Passadakis (V.i.S.d.P.), Florian Moritz, Hanni Gramann
Layout: süpergrafik berlin, ayse gökmenoglu und julie quadfass

Mit freundlicher

Unterstützung von:
Stiftung „Umverteilen! Stiftung für eine, solidarische Welt“

Bewegung braucht Engagement!

ich will Mitglied werden!

ich will in den Infoverteiler aufgenommen werden (ca. eine E-Mail alle 14-Tage)

ich möchte mehr Informationen über Attac

Fax (069) 900 281 - 99 | E-Mail: info@attac.de

Name / Vorname

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Tel.

E-Mail

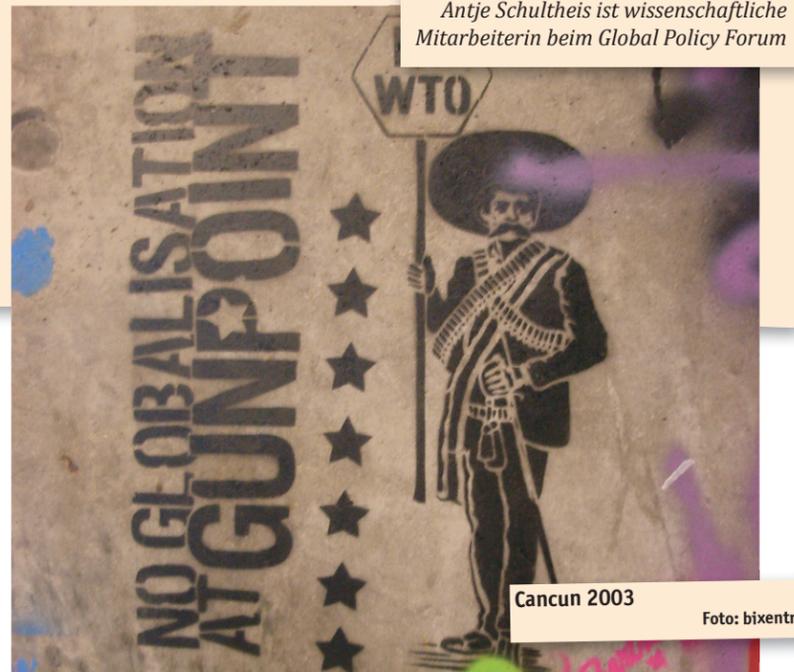
Die UN-Initiativen zur Neuausrichtung

des Weltwirtschaftssystems im Interesse der Entwicklungsländer wurden jedoch von der G20 ignoriert oder blockiert. Insbesondere die EU und die USA verhinderten die von der Stiglitz-Kommission vorgeschlagene Gründung eines Weltwirtschaftsrates.

Das Forum der globalen Wirtschaftspolitik ändert sich, die Probleme bleiben gleich: Nur wer wirtschaftlich stark ist, hat Einfluss.

Autorin:

Antje Schultheis ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Global Policy Forum



Cancun 2003

Foto: bixentro